

2018

entbrannt. Die Sozialpatrioten behaupten, daß nur die Zweideutigkeit der Haltung Lipinskis, der Gegensatz zwischen seinem Patriotismus und seiner Ablehnung der Kriegskredite die Niederlage verursacht habe. Die „Leipz. Volksztg.“ betont stolz, daß es sich trotz allen Geschreis der Sozialpatrioten gezeigt habe, daß hinter den Kreditverweigern Massen stehen. Wir haben nur dazu zu bemerken: wie kann die „Leipziger Volkszeitung“ beweisen, daß die 6000 Stimmen auf Lipinski wegen der Kreditverweigerung gefallen seien und nicht wegen seines Patriotismus? Das ist eben das Wesen der Zentrums politik, daß sie ein Zwitter ist, daß man bei ihr nicht weiß, ob sie patriotisch oder nicht patriotisch ist. Und weil niemand das wissen kann, kann sie auch nicht zum Prüfstein der Stimmung der Massen werden. Sie hat nichts von den Massen im Wahlkampf gefordert, sie hat ihr Bewußtsein um nichts bereichert, als um die interessante Tatsache, daß Herr Lipinski aus Leipzig dem Reichskanzler nicht traut! Darum kann man auf Grund des Wahlausganges nicht wissen, was die 6000 Arbeiter selbst wollen, die für Lipinski gestimmt haben.

Die erste Wahlschlacht des Zentrums zeigt, daß es wie im Parlament so auch vor den Massen zu keiner eindeutigen Tat fähig, daß es die verkörperte Zweideutigkeit, d. h. Kampfslosigkeit ist.

Aus unserm politischen Tagebuch.

12. Dezember.

Von den Linksradikalen wurde der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen folgende Resolution unterbreitet:

Die Sozialdemokratie ist die politische Vertreterin des klassenbewußten Proletariats. Der auf dem ständig sich verschärfenden Klassengegensatz zur Bourgeoisie beruhende Klassenkampf ist das Rückgrat der sozialdemokratischen Politik.

Die auf die Kreditbewilligung vom 4. August 1914 folgende sozialdemokratische Politik und die sich aus ihr ergebenden sozialimperialistischen Konsequenzen, sowie die Politik des Burgfriedens bedeuten einen schroffen Bruch mit der Politik des Klassenkampfes. Der Parteivorstand, als hervorragendster Vertreter der Politik des Sozialpatriotismus, hat das Recht verwirkt fernerhin als Vertreter der Interessen des Proletariats zu gelten, da die von ihm vertretene Politik eine den Interessen der Arbeiterklasse entgegengesetzte bürgerliche Politik ist.

Das Interesse der Arbeiterklasse erfordert mithin den schärfsten Kampf gegen den bewußt oder unbewußt im Dienste des Bürgertums und seiner imperialistischen Politik stehenden Parteivorstand. Zu diesem Kampf gehört nicht nur die unausgesetzte Aufklärung der Arbeitermassen über das Wesen des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus, sondern auch die Entwindung der organisatorischen Machtmittel aus den Händen des Parteivorstandes. Gestützt auf diese Machtmittel war es dem Parteivorstand möglich, vom ersten Tag des Krieges an bis heute seine Politik unter Anwendung rücksichtslosester Gewalt durchzusetzen. So brachte er die Opposition der Reichstagsfraktion monatelang um jedes parlamentarische Recht; so warf er, wo er nur irgend die Macht dazu hatte, unbehagliche oppositionelle Parteiredakteure skrupellos aufs Pflaster; so verweigerte er jedes Entgegenkommen zu geheimer Arbeit auf demokratischer Grundlage in Parteigeschäften, an denen er als Firmenträger beteiligt ist; so nahm er den oppositionell gesinnten Berliner Arbeitern, ja der oppositionell gesinnten Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse das „Zentralorgan“ der Partei und wandelte es in ein Organ für die Interessen des liberalen Bürgertums um. Gestützt auf die Machtmittel der Partei, spielt er sich Tag für Tag als der Vertreter des Willens der sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands auf.

Jeder Arbeitergroßhändler in den Händen dieses Parteivorstandes verringert die Macht der Arbeiterklasse; jeder Arbeitergroßhändler, diesem Parteivorstande anvertraut, wird von ihm mißbraucht; jeder Arbeiter-

großhändler, diesem Parteivorstande übergeben, vergrößert das Ansehen des Parteivorstandes und vermindert das Ansehen der Arbeiterklasse, schenkt dem Parteivorstand noch weiteres Vertrauen, wo abjolutes Mißtrauen gegen ihn das Gebot der Selbsterhaltung der Arbeiterklasse ist.

Aus diesen Gründen ist die Beitragsperre eines der wenigen Kampfmittel, die der Arbeiterklasse unter dem Belagerungszustand gegen den Parteivorstand zu Gebote stehen. Nicht die Vollstrecker der Beitragsperre, die damit nur ihre elementarsten Klasseninteressen wahren, stellen sich außerhalb der Partei, sondern einzig und allein die Vertreter der Politik des 4. August.

Die Beitragsperre ist kein Mittel, die Macht des Parteivorstandes zu brechen; aber ihre Durchführung ist der sichtbare Ausdruck des schärfsten Mißtrauens der Arbeiter zu der Politik des Parteivorstandes als einer Politik, die im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats steht.

Ihre Durchführung ist zu betrachten als vorbereitender Schritt zur Spaltung mit den Sozialpatrioten. Die Beitragsperre das Mittel, die Spaltung der Zweck: nur unter dieser Parole entspricht die Durchführung der Beitragsperre den Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterklasse.

Zeugen und Rufer.

Es liegt schon in der Abstammung des Menschen aus dem Tierreich, daß der Mensch die Bestie niemals los wird, daß es sich also immer nur um ein Mehr oder Minder, um einen Unterschied des Grades der Bestialität resp. Menschlichkeit handeln kann.

Engels: Eugen Dühring. (1877—87.)

Nur im Streite kann die Wahrheit gedeihen. Es stehen noch ganz andere Kriege bevor über dieselbe, als wir bis jetzt erlebt haben.

Handeln, handeln, das ist die Sache. Was hilft uns das bloße Wissen?

Was hilft alles Wissen, hört man zuweilen sagen, wenn nicht danach gehandelt wird? In diesem Ausspruche wird das Wissen als Mittel für das Handeln und dieses letztere als der eigentliche Zweck angesehen. Man könnte umgekehrt sagen: wie kann man doch gut handeln, ohne das Gute zu kennen? und es würde in diesem Ausspruche das Wissen als das Bedingendes des Handelns betrachtet. Beide Aussprüche aber sind einseitig, und das Wahre ist, daß beides, Wissen sowie Handeln, auf dieselbe Weise unantrennliche Bestandteile des vernünftigen Lebens sind.

Sichte. (1762—1814.)

Das Märchen vom Reichtum und der Not.

Es war einmal Bruder und Schwester:

Der Reichtum und die Not;
er schwelgte in tausend Pfaffen,
sie hatte kaum trocken Brot.

Die Schwester diente beim Bruder
viel hundert Jahre lang;
ihn rührt es nicht, wenn sie weinte,
noch wenn sie ihr Leiden besang.

Er fluchte und trat sie mit Füßen,
er schlug ihr ins sanfte Gesicht;
sie fiel auf der Erde und flehte:
Hilfst du, o Gott, mir nicht?

Wie wird das Lied wohl enden?

Das ist ein traurig Lied!

Ich will's nicht weiter hören,
wenn nichts für die Schwester geschieht!

Das ist das Ende vom Liede,
vom Reichtum und der Not:
An einem schönen Morgen
schlug sie ihrem Bruder tot!

Glasbrenner.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik



Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Nr. 27

Er erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 23. Dezember 1916

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Friede auf Erden	Seite 209
Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes	210
Die Beitragsperre und ihre Probleme	212
Gewerkschaftsprobleme	214
Aus unserm politischen Tagebuch	215
Feuilleton:	
Die Blutrache zu Weinsberg. Von W. Zimmermann	216
Szene aus „Egmont“. Von W. v. Goethe	216
Zeugen und Rufer	216

Friede auf Erden!

Als Herr von Bethmann-Hollweg am 12. Dezember dem Reichstag in feierlicher Sitzung mitteilte, daß die Zentralmächte bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten, durfte er sich als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik keinen Augenblick im Unklaren darüber sein, welche Wirkung das Friedensangebot bei der Entente auslösen werde. Und so erklärte er von vornherein, daß im Falle der Ablehnung „bis in die letzte Hütte hinein jedes deutsche Herz aufs neue aufflammen wird in heiligem Zorne gegen die Feinde, die um ihrer Vernichtungs- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmorden keinen Einhalt tun wollten“. Die Erregung dieses „heiligen Zornes“ in Deutschland, die Erregung des Furor teutonicus, wie Hindenburg es nannte, wird bei Abweisung des Angebots der Zentralmächte erwartet, und sobald die Ablehnung der Ententemächte in aller Form vorliegen wird, wird die patriotische Presse in diesem Sinne all ihre Kräfte anstrengen, nachdem sie schon jetzt das Hauptaugenmerk auf diesen Punkt gelenkt hat. Außerdem konnte noch die Hoffnung bestehen, daß das Friedensangebot die kriegsmüden Elemente der Ententemächte stärken und zur Aktion antreiben werde.

Herr von Bethmann-Hollweg kennt so gut wie einer das Wesen dieses Krieges. Er weiß, daß dieser Krieg ein imperialistischer Krieg ist, in dem jede der beteiligten Koalitionen die Grundlagen ihrer Macht zu stärken sucht. Er kann den Ententeregierungen keinen Frieden anbieten, der für sie annehmbar wäre, solange sie nicht besiegt sind. Die von ihm nicht bekannt gegebenen Friedensbedingungen werden zwar nicht übereinstimmen mit den Forderungen der Wirtschaftsverbände; aber schon erklärte der russische Minister des Aeußeren, daß von etwelchen realen Bedingungen in der deutschen Note überhaupt nicht die Rede sei. Trotzdem kann es die Absicht des imperialistischen Deutschlands nur sein, eine Stärkung der Weltposition Deutschlands im Westen und Osten, wie des ganzen Vier-

bundes im Südosten zu erstreben. Die Friedensbedingungen werden dem mitteleuropäischen Plane die Wege ebnen, den deutschen Kolonialbesitz vergrößern, die Freiheit der Meere sichern. Und etwas anderes ist vom Standpunkt des deutschen Imperialismus nicht möglich.

Deutschlands und seiner Verbündeten Waffen haben bis jetzt die Oberhand behalten. Die Zentralmächte können sich noch so sehr zur Mäßigung genötigt sehen: auf die Erweiterung ihrer Macht werden sie nicht verzichten. Denn an dem Tage, wo die deutsche Regierung den maßgebenden Schichten sagen würde: die Kriegsschuld beträgt siebzig Milliarden, ungeheure Opfer wurden draußen und daheim gebracht; aber es bleibt alles beim alten: an dem Tage, wo sie das den besitzenden Klassen Deutschlands sagen würde, hätte sie diese sofort zu ihren Gegnern. Wenn aber keine Rücksicht auf die möglichen Schwierigkeiten des morgigen Tages die Zentralmächte zum vollen Verzicht auf die imperialistischen Pläne zwingen kann, so können auch die Ententemächte ohne endgültige Niederlage aus genau denselben Gründen den deutschen Friedensangeboten nicht zustimmen.

England trat freiwillig in den Krieg, es hat nicht einmal die Ausrede der übrigen, daß es angegriffen worden sei. Soll jetzt das englische Kapital nach zweieinhalb Jahren des Krieges, der seine Lage auf dem Weltmarkt, den inneren Aufbau seiner Industrie vollkommen geändert und die politischen Verhältnisse im Innern ungeheuer verschärft hat, erklären: alles das ist nur geschehen, damit Deutschland gestärkt werde? Solange England nicht auf die Knie gezwungen ist oder die City nicht die Faust der Revolution an der Kehle fühlt, wird es weiterkämpfen. Es wird weiter seine Milliarden in den russischen Rachen stopfen; es wird weiter Frankreich aufmuntern; es hofft noch immer auf die Besserung seiner militärischen Lage, auf die Erschöpfung der Zentralmächte. Es ist lächerlich, dem gegenüber Zweifel auszudrücken, ob die Hoffnungen Englands erfüllt werden, lächerlich in Enttäuschung zu machen über seinen bösen Willen.

Für sie alle kommt nur Sieg oder Niederlage in Betracht, weil der Krieg jetzt seine eigene Logik hat, nachdem man schon so weit gegangen ist. Und deswegen können sie durch keine Zweifel — und mögen sie noch so berechtigt sein — von weiterem Kämpfen zurückgehalten werden, solange auch nur ein leichter Schimmer der Hoffnung auf Besserung ihrer Lage besteht. Der August 1914 war für alle Kriegsmächte ein Sprung ins Dunkle: jeder hoffte auf Stärkung seiner Macht. Und jetzt, nach 28 Monaten schrecklichsten Ringens, kann nur Deutsch-

land eine Machtstellung suchen. Aber die anderen Mächte sind noch nicht besiegt. Darum geht der Kampf weiter.

Wenn am Tage der christlichen Weihnacht die Glocken den Frieden auf Erden verkünden werden, werden die Sozialpatrioten aller Länder gleichzeitig Krieg und Frieden predigen. Bis zum Ende! werden die Sozialpatrioten der Entente den französischen und englischen Arbeitern zuzurufen; denn noch ist Deutschland nicht geschlagen, und nur auf seinen Trümmern kann der dauernde Friede erblühen. Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Aber Krieg, Krieg den Deutschen! Und auf der andern Seite werden die Sozialpatrioten der Zentralmächte verkünden: Unsere Regierungen wollen den Frieden; die andern aber wollen ihn nicht! Haltet aus! Haltet durch!

Keine der kapitalistischen Regierungen kann der Welt den Frieden geben. Wer siegt, wird dem Besiegten Lasten auferlegen, wird seine Macht erweitern, wird neue Rüstungen betreiben müssen und wird den Besiegten anspornen, durch Rüstungen und aussichtsreichere Koalitionen die Revanche zu ermöglichen. Aber wenn auch keine Partei siegt, wie sie ohne eigentliche Entscheidung unter ungeheuren Opfern zu einem Frieden gelangen, den ein kundiger bürgerlicher Publizist, Herr Theodor Wolf, einen „Geschäftsfrieden“, den die gefühlvollen sozialpazifistischen Phrasen aber einen „Verständigungsfrieden“ nennen, dann werden die kleinen Völker, die wehrlosen Einwohner der Kolonien die Opfer dieses Friedens sein. Es gibt genug Pfandgegenstände in der Welt, schrieb Herr Th. Wolf, und man kann sie zum Ausgleich gebrauchen. Und dieser „Verständigungsfriede“, der aus der Haut der Schwachen Riemen schneiden würde, er wäre nur ein vorübergehender Waffenstillstand, der durch Rüstungen für den nächsten Krieg ausgefüllt wäre.

Einen dauernden Frieden kann es im Zeitalter des Kapitalismus in Zukunft so wenig geben, wie er in der Vergangenheit bestanden hat. Dauernden Frieden gibt es nur, wenn die Herrschaft des Kapitalismus, die Herrschaft der Konkurrenz, die Jagd nach dem Profit aufgehoben ist. Das aber kann keine Regierung besorgen, das kann nur das Werk des internationalen Proletariats sein, indem es durch langen opferreichen Kampf die politische Macht erobert. Und der Irrtum der Sozialpatrioten aller Länder besteht eben darin, daß sie den Arbeitern einreden, diese oder jene Regierung könne den Frieden auf Erden bringen. „Im Kampfe für den Frieden gefallen!“ so steht es auf den Gedenkblättern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, und dasselbe sagen die Sozialpatrioten der Entente. Wie anders hat man sich dieses „Für den Frieden gefallen“ ehemals gedacht! Aber indem sie den Kampf für den Frieden kapitalistisch umgemünzt haben, haben die Sozialpatrioten dem Proletariat jede Möglichkeit der Abkürzung des furchtbaren Weltkrieges genommen, und sie suchen es ohnmächtig zu machen für die kommenden Jahrzehnte, in denen die Welt von Waffen starren und von Waffenlärm erfüllt sein wird, wenn die internationale Arbeiterklasse keine Selbständigkeit entfalten wird. Sie mögen in den Ministerien sitzen, wie die Henderson und Thomas, sie mögen vor dem Wagen des Herrn Bethmann als die Herolde seines Friedenswillens herlaufen, wie die Scheidemanns: all ihre wichtigtuertischen Gebärden können

nicht über ihre Ohnmacht als Friedenskämpfer hinwegtäuschen. Sie sind nur ein Echo des Willens der Regierungen.

Darum mögen die Prediger der alten christlichen und der neuen sozialpatriotischen Kirchen den Frieden auf Erden verkünden: Krieg! Krieg! so dröhnt es als Echo zurück. Und die Kanonen werden weiter donnern. Der Imperialismus muß seines Daseins Kreise vollenden. Bis der Ruf der Menschheit erschallt: Friede auf Erden und den Menschen das Wohlgefallen des Sozialismus!

Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes.

2. Die sozialimperialistischen Helfer in der Not.

Als der „Berliner Lokalanzeiger“ die Nachricht von der Vorbereitung des „Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes“ brachte, die die Deffentlichkeit vollkommen überrascht hat, war die „Internationale Korrespondenz“, das Organ des Herrn Legien, das erste Blatt, das in der Lage war, eingehend über die Pläne der Regierung zu informieren. Die Regierung wußte im vornehmein, was der General Groener bei der Einbringung des Gesetzes offen erklärte: „Für die Organisation brauchen wir Freiwilligkeit. Die Leute müssen uns freiwillig kommen. . . Wenn man die Produktion steigern muß, gehört dazu die Freiwilligkeit der Arbeitgeber und der Arbeiter.“ Nun, um die Freiwilligkeit der Arbeitgeber brauchte man nicht besorgt zu sein. Für die Ausöhnung der Arbeiter mit dem Verzicht auf das Streikrecht, auf die Freizügigkeit konnten nur die Gewerkschaftsführer und ihre sozialimperialistische Kohorte sorgen. Herr Helfferich gab es zu, als er bei der Verabschiedung des Gesetzes mit Zustimmung der christlichen und „freien“ Gewerkschaften — so hießen sie einst, wie es scheint — den Herren Giesbert und Legien in bewegten Worten dankte: „Die Kreise, die hinter diesen beiden Herren stehen, sind für die Durchführung des Gesetzes von allerwesentlichster Bedeutung. Ich kann mir die Durchführung garnicht denken, ohne die freudige und bereitwillige Mitwirkung der deutschen Arbeiterschaft.“ Und so setzte sich die Regierung sofort mit den Gewerkschaftsführern und den Sozialimperialisten in Verbindung. Die Legiens und Scheidemanns legten sich vollkommen Rechnung ab von dem Dienst, den sie dem Imperialismus leisteten. „Waren kann man beschlagnahmen und aufstapeln, menschliche Arbeitskraft nicht. Jeder Arbeiter, der willig seine Arbeit leistet, ist imstande, das Beste auf seinem Plage zu leisten, aber auch der intelligenteste Arbeiter, der widerwillig arbeitet, wird nur ein Hindernis auf seinem Arbeitsplatz sein“, führte Legien im Reichstage aus.

Die sozialpatriotischen Gewerkschaftsführer, die den Kern des sozialimperialistischen Lagers bilden, hatten keinen Grund, das Gesetz abzulehnen und keine Möglichkeit dazu. Weswegen sollten sie es ablehnen? Weil es dem deutschen Imperialismus zum Siege verhelfen soll? Aber schon am 2. August 1914, bevor noch die Reichstagsfraktion zusammenkam, haben sie nach einem Eingeständnis Umbreits, des Redakteurs des Organs der Generalkommission, beschlossen, die Regierung in der Kriegführung zu unterstützen. Seitdem haben sie nichts anderes getan. Sollten sie das Gesetz ablehnen, weil es das Streikrecht

aufhebt? Aber sie selbst haben schon am 2. August 1914 die Auszahlung von Streikunterstützungen aufgehoben, sie haben in den 28 Kriegsmonaten jede Streikagitation mit allen Mitteln bekämpft, sie haben diejenigen, die sie führten, als Wahnsinnige oder Verbrecher am deutschen Volke denunziert. Sollten sie das Gesetz ablehnen, weil es die Freizügigkeit aufhebt? Aber sie haben — dazu bekannten sie sich offen im Reichstag — in vielen Orten freiwillig dafür gewirkt, daß die Arbeiter nicht ohne Erlaubnis des Kapitalisten ihren Arbeitsplatz verlassen. Die Gewerkschaftsführer hatten nicht die geringste Ursache, gegen das Gesetz zu stimmen, das nur ihre Praxis während des Krieges verallgemeinerte, sie zum Staatsgesetz erhob. Sollten sie jetzt mit der Regierung brechen, nachdem sie ihr zwei Jahre gedient haben?

Ja, dieses Gesetz bringt von ihrem Standpunkt Verbesserungen. Es sind das zwar nicht die, die sie nennen. Sie berufen sich auf die Anerkennung der Gewerkschaften, die in der zugesagten Berücksichtigung ihrer Vorschlaglisten bei der Zusammensetzung der Schlichtungskommissionen, bei der Heranziehung der Sachverständigen in das Kriegsamtsamt liegen soll. Welche „Gewerkschaften“ hat jetzt die Regierung anerkannt? Sie wollte bisher nur solche Gewerkschaften nicht anerkennen, die den Kapitalismus bekämpfen. Sie hat aber nicht die geringste Ursache, auf die Unterstützung seitens der Gewerkschaftsführer zu verzichten. Die Gewerkschaftsführer berufen sich auf die Durchbrechung des „Herrn-im-Hause“-Standpunktes der Scharfmacher durch die Bildung der Arbeiterausschüsse in jeder Fabrik mit über 50 Arbeitern. Aber auch das ist Spiegelfechterei, denn den Scharfmachern waren nur solche Arbeiterausschüsse ein Dorn im Auge, die gewillt und fähig waren zu kämpfen. Mit Selben verhandelten sie immer; ja, sie spendierten ihnen Liebesgaben. Nicht das sind die Verbesserungen. Sie bestehen in erster Linie in der Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswirtschaftlicher Organisationen: „Die Regierung hat anerkannt, daß u. a. auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten zur Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft notwendig sind. Es ist also nicht zu befürchten, daß den Gewerkschaften die zur Aufrechterhaltung der Organisationen erforderlichen Kräfte entzogen werden“, schreibt triumphierend der Abgeordnete Bauer, Mitglied der Generalkommission, im „Vorwärts“ vom 3. Dezember. Und wie die „Textilarbeiterzeitung“ mitteilt, soll Schlick, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, ins Kriegsamt berufen werden. In lokalen Kriegsämtern werden Gewerkschaftsbeamte überall angestellt. Das bringt nicht nur persönliche Vorteile, die — mögen sich die Herren entrüsten, wie sie wollen — keine geringe Rolle bei ihren Entscheidungen spielen; das ist der einzige Weg, auf welchem die Gewerkschaftsbureaukratie und die sozialimperialistischen Führer versuchen können, irgendwelche Zugeständnisse zu erhalten, nachdem sie auf jeden Kampf verzichtet haben.

Die Gewerkschaften haben, soweit es nach dem Willen der Führer gehen wird, als Kampfsorganisationen zu existieren aufgehört, wie die sozialimperialistische „Sozialdemokratie“ aufgehört hat, eine Klassenpartei zu sein. Sie sind Organisationen, die nur durch Verhandlungen mit der Bourgeoisie, durch Teilnahme an ihren Einrichtungen, gewisse Zugeständnisse für einen begrenzten

Arbeiterkreis zu erlangen suchen können. Daß dies eine glatte Preisgabe des Klassenkampfes ist, daß auf diesem Wege die Arbeiterklasse vollkommen der Macht des Kapitals ausgeliefert wird, ist eine ganz andere Sache. Aber die Preisgabe der Klasseninteressen des Proletariats, des Sozialismus, bildet eben das Wesen der Politik des 4. August, die am 2. Dezember 1916 gekrönt wurde. Selbst wer das bisher nicht einsehen wollte, der muß sich heute sagen: Mit dem 2. Dezember scheiden die Legiens und Scheidemanns endgültig aus der Reihe der Klassenkämpfer. Sie sind — wie sie sich selbst beschneigen — ein Teil der Kriegswirtschaft.

3. Der Kampf.

Was das „Vaterländische Hilfsdienstgesetz“ wirklich materiell bedeutet, wurde im Reichstag von den Gen. Haase und Bogtherr mit voller Klarheit gezeigt. Aber — um einstweilen bei den Reden, ohne die Unteruchung der Frage, ob Reden in solchen Situationen genügen, zu verbleiben — es fehlte in dem ganzen Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft der Anfang und das Ende. Sie behandelte die für die Arbeiterschaft entstehenden Aussichten als eine traurige Kriegsepisode in Deutschland. Sie malte diese Aussichten mit voller Klarheit, aber wie sie entstanden sind, sagten ihre Redner den Arbeitern nicht. Sie sagten der Arbeiterklasse nicht, daß dieselben Aussichten auch für die englische, französische, österreichische Arbeiterklasse bestehen, daß die Regierungen im Kriege nur das durchführen, was sie in zwei Jahrzehnten der imperialistischen Entwicklung vorbereitet. Vor dem Kriege hatte die Arbeiterschaft der privatkapitalistischen Betriebe formell Freizügigkeit und Koalitionsfreiheit. Aber seit 1905, seit dem großen Streik im Ruhrgebiet mußte jeder, der die Augen nicht verschließen wollte, einsehen, daß jeder Tag für Tag die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes, wie er bisher geführt wurde, geringer wurden. Das syndizierte Kohlen- und Eisenkapital wollte nicht mit den Gewerkschaften verhandeln, und als das Maß der proletarischen Geduld überfüllt war und die Grubenarbeiter streikten, wurde der Streik niedergeschlagen. Und wie war es mit den Werftarbeitern? Ihnen konnte man nicht einmal sagen: ihr werdet besiegt, weil ihr nicht organisiert waret; denn sie waren organisiert. Ihre Organisationen erlaubten ihnen nicht zu streiken. Warum? Aus Schlechtigkeit? Nein, sondern weil die Gewerkschaftsführer sich sagten: die Werkbesitzer sind auch organisiert, hinter ihnen steht das ganze Kapital der schweren Industrie; es wird den Streik der Werftarbeiter mit einer allgemeinen Aussperrung der Metallarbeiter beantworten und dann ist der Kampf verloren: die Klassen der Gewerkschaften werden auf Jahre hinaus weißbluten. Die Kartellierung und Verbrüstung des Kapitals, seine Verbindung in den Unternehmerverbänden hat das Streikrecht, wie es geübt war durch Teilgruppen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, hinter denen die Klasse der Gewerkschaft stand, faktisch aufgehoben. Wer sollte Hilfe schaffen? Das Parlament? Die Regierung? Aber die standen auf der Seite des vereinigten Kapitals und leisteten ihm Hilfe und Beistand. Und wie sollte man sie nötigen, zu helfen? Durch Wahlen, die alle paar Jahre stattfanden und bei denen das veraltete Wahlrecht dem Bürgertum die Mehrheit sichert? Schon vor dem Kriege verurteilte

die fortschreitende Konzentration des Kapitals die bisherigen gewerkschaftlichen und politischen Methoden der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen des Proletariats zu völliger Fruchtlosigkeit. Die Bourgeoisie war sich dessen so sehr bewußt, daß sie vor dem Kriege Schritt für Schritt das Koalitionsrecht aushöhle.

Das wissen die führenden Männer von der Arbeitsgemeinschaft ebensogut wie wir. Sie wagten nicht, das alte Lied anzustimmen: Genossen, organisiert euch gewerkschaftlich und politisch, zahlt Beiträge, wählt und laßt euch nicht provozieren; die alte bewährte Taktik wird euch auch weiterhin helfen! Würden sie es getan haben, die Arbeitermassen würden ihnen mit Conrad Ferdinand Meyers Hutten antworten:

„Das ist ein kapitaler Witz:
Hier läuft ein Kerl und schwingt die Hellebard,
Der's nicht bemerkt, daß er getötet ward.“

Aber wenn auch die intelligenteren, jüngeren Elemente des Zentrums, die Haase, Herzfeld, Henke, Dittmann, schon wissen, daß mit der alten Hellebard im Zeitalter des Pulverblitzes nichts anzufangen ist, so sehen sie doch nicht die neuen Wege des Kampfes, deren Kräfte die Linksradikalen in derselben Entwicklung heranreifen sehen, die die bisherigen Kampfesmethoden in stumpfe Waffen verwandelt.

Sie halten an der alten Tradition fest, stehen ohne die vorwärtstreibende Kraft des Glaubens an die neuen heranreifende Kräfte da, die es zu wecken gilt. Sie bleiben die Fraktion der Veteranen des Sozialismus, der Ledje Schwarz und Fritz Geyer, alter verdienter, im alten Kampfe ergrauter Männer, die dem Sozialismus treu geblieben sind, im Namen seiner unverjährten Grundsätze den Kapitalismus wohl anklagen können, aber nicht mehr gegen ihn zu kämpfen verstehen. Weil sie am Alten hängen, das Wesen des Zusammenbruchs der Internationale nicht verstehen, den Weg aus dem Dickicht nicht erkennen, konnten sie den Proletariern nicht sagen, wie sie kämpfen sollen. Ohne Rück- und Ausblick mußten sie sich mit der parlamentarischen Kritik begnügen. Und diese Kritik mußte jeden scharfen Zusammenstoß vermeiden, der doch die Aufmerksamkeit der Massen auf das was kommt, lenken würde. Eine solche Taktik erschien ihnen als reiner „Spektakel“, zweckloser Rabau. Denn sie glauben nicht, daß Kräfte vorhanden sind, die man wecken könnte.

So wurde das Werk des patriotischen „Hilfsdienstes“ geschmiedet. Sein Vater ist der Imperialismus. Die Sozialimperialisten halfen. Und die letzten Mohikaner des alten Sozialismus, der protestierenden, demonstrierenden Epoche, standen da, demonstrierten die Schledchtigkeit des Kapitalismus und demonstrierten damit die eigene Ohnmacht. Die neue in dieser ungeheuren Erschütterung erwachende, reisende Arbeiterbewegung, die die neue Methode der Geltendmachung der Macht der Arbeiterklasse mit sich bringen wird, sie stieß von der Reichstagstrübe ihren Kampfruf nicht aus. Aber sie wird kommen. Der Krieg ist zur Arbeiterfrage geworden, erklärte Hindenburg. Nur mit der Hilfe der Arbeiterschaft kann das Werk gelingen, sagte Helfferich, der Vertreter des Finanzkapitals. Und dieser Arbeiterschaft beschert man das „Hilfsdienstgesetz“! Je tiefer seine Wirkung sein wird, desto eher wird die Arbeiterschaft den Weg beschreiten, den sie gehen muß, um ihre historische Mission

zu erfüllen. Schon mancher Löwenbändiger hat es mit seinem Leben bezahlt, daß er dem Löwen, den er zahm wähnte, den Kopf in den Rachen steckte.

Die Beitragsperre und ihre Probleme.

Die Vorgänge in Bremen.

Nachdem die Bremer Parteigenossen in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 1. Dezember die Beitragsperre beschlossen hatten, beschäftigte sich auch der örtliche Parteivorstand mit dieser Frage. Er kam in seiner Mehrheit zu dem Entschluß, die Beitragsperre nicht durchzuführen zu können und legte in einer längeren, von dem Führer des bremischen Zentrums, dem Genossen Henke, verfaßten Erklärung seine Gründe dar.

Die Erklärung protestiert zunächst dagegen, daß der Beschluß der Bremer Arbeiter von den Sozialpatrioten zum Anlaß genommen wurde, zu erklären: Dadurch habe sich der Sozialdemokratische Verein Bremen außerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestellt. Sie stellt fest, daß das Parteistatut ein „Außerhalb-der-Partei-stellen“ sowohl einzelner Mitglieder als auch ganzer Organisationen überhaupt nicht kennt. Die Erklärung protestiert ferner gegen die sofortige Neugründung einer Sonderorganisation der Sozialpatrioten, die bereits am Tage nach dem Beschluß durch die „Bremer Bürgerzeitung“ bekannt gegeben wurde. Sie bezeichnet den Beschluß der Beitragsperre als einen den Sozialpatrioten willkommenen Anlaß zum Vorgehen gegen die Mehrheit der Bremer Parteigenossen. Die Erklärung stellt fest, daß die Mehrheit des Vorstandes schärfster Gegner der Herbeiführung der Parteispaltung ist, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Gefahr der Parteispaltung „leider sehr groß und durch das parteischädigende Verhalten des Parteivorstandes, besonders in Sachen des Vorwärts, rücksichtslos erhöht worden ist“. Die Erklärung fährt dann fort:

„Der Beschluß ist ferner deshalb als verfehlt zu erachten, weil er die ihm zugeschriebene Wirkung, den Parteivorstand zu einer anderen Politik und zu einem anderen Verhalten der Opposition gegenüber zu zwingen, nicht haben kann. Die Wirkung könnte man sich allenfalls von ihm versprechen, wenn mindestens die größten und leistungsfähigsten Wahlkreisorganisationen der Partei einen solchen Beschluß fassen würden und gegenwärtig wie in nächster Zukunft auch nur in der Lage wären, von ihren Einnahmen den erwähnten Betrag statutengemäß abzuführen. Die Beitragsperre ist aber überall von den größeren Organisationen abgelehnt worden, in denen sie der Beschlussfassung unterlag, und obendrein nimmt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Wahlvereine in erschreckend steigendem Maße ab. Weit entfernt daher, als anfeuerndes Beispiel auf andere sozialdemokratische Vereine wirken zu können, wird der Beschluß vielmehr dank der Folge, die er jetzt schon in der Gründung einer Sonderorganisation gefunden hat und weil mit Recht in der Beitragsperre eine Schwächung der Vertretung der Opposition auf dem nächsten Parteitag erblickt wird, abschreckend wirken. Er erweist sich somit bei näherem Zusehen als ein Schlag ins Wasser, wenn nicht Schlimmeres.“

Die Mehrheit des Vorstandes, sowie der Vorsitzende und der Beisitzende erklären, ihre Ämter niederlegen zu müssen, falls der Beschluß aufrechterhalten werde.

Durch diese Stellungnahme des örtlichen Vorstandes wurde eine weitere Generalversammlung nötig, die sich mit der Frage der Beitragsperre erneut zu befassen hatte. Sie fand am 12. Dezember statt. Der Vorstand legte ihr eine Resolution vor, in der er unter kurzer Begründung

die Aufhebung des Beschlusses empfahl. Die Linksradikalen forderten die Aufrechterhaltung des Beschlusses und Maßnahmen, die zur weiteren Bekämpfung der Sozialpatrioten dienen sollten, vor allem die Gründung eines neuen Organs. Die Debatte vollzog sich unter dem Zeichen einer Auseinandersetzung zwischen dem Parteizentrum und den Linksradikalen. Sie endete mit der Aufrechterhaltung des Beschlusses. Einen Antrag der Linksradikalen, die „Bremer Bürgerzeitung“ nicht mehr als sozialdemokratisches Organ zu betrachten und sie demgemäß zu boykottieren, ließ der Vorsitzende in Uebereinstimmung mit dem Bureau wegen der „gesetzlichen Folgen“ nicht zur Abstimmung zu.

Die Versammlung war von etwa 650 Mitgliedern besucht und faßte ihren Entschluß mit vierfünftel Majorität.

Der Standpunkt des Parteizentrums.

Die Debatte über die Beitragsperre offenbarte den Gegensatz zwischen dem Zentrum der Partei und den Linksradikalen. Die Vertreter des Parteizentrums betrachteten die ganze Frage wesentlich vom Standpunkt der Organisation; die Vertreter des Linksradikalismus dagegen betrachteten sie aus dem Gesichtspunkt der Massenaktionen.

Vom Standpunkt der Organisation tun sich alle die Fragen, die das Zentrum aufwarf, als unlösbare Probleme auf, sobald es sich, im Prinzip für die Beitragsperre erklärten. Das Zentrum ist gegen die Spaltung. Die Einheit der Organisation geht ihm über alles. „Kein Zweifel, daß . . . die Abwesenheit so vieler unserer Parteigenossen infolge des Krieges nicht minder davon abhalten sollte, leichten Herzens zerklüften zu lassen, was sie unserem Schutze hoffend überlassen mußten: die Organisation“ — so heißt es in dem vom Genossen Henke verfaßten Aufruf des Parteivorstandes. Der Redner der Linksradikalen, Genosse Knief, hielt diesem Argument entgegen: nicht die Organisationen, die längst in allen Fugen krachen, denen tausende von Arbeitern den Rücken gekehrt haben, sind unserem Schutze überlassen worden, sondern die Pflicht, alles zu tun, um den Kampf für den Sozialismus zu führen. „Die Organisation über alles, solange sie der Entwicklung und Anwendung der revolutionären Kraft des Proletariats förderlich ist; „Todsfeind“ jeder Organisation, die zur Fessel jener Kraft geworden ist“, schrieb Henke am 20. Juni dieses Jahres unter seinem Namen in der „Bremer Bürgerzeitung“. Aber dieser richtigen Auffassung fehlt die Erkenntnis, daß Organisationen, an deren Spitze die Scheidemann, Ebert und Müller stehen, die Sozialimperialisten, Sozialpatrioten, Sozialpazifisten, Zentrumsleute und Linksradikale umfassen, längst tatsächlich zur Fessel der revolutionären Kraft des Proletariats geworden sind, daß sie von den sozialpatriotischen Instanzen längst bewußt zur Unterdrückung dieser Kraft mißbraucht werden.

Indem das Parteizentrum sich nicht zu dieser Erkenntnis durchzuringen vermag, hilft es, die Arbeiter an die Gemeinschaft mit den Sozialpatrioten fesseln, schmiedet es die Fessel nur noch fester, die die revolutionäre Kraft des Proletariats lähmt. Weit entfernt, der „Todsfeind“ solcher Organisation zu sein, ist es vielmehr ihr bewährtester Beschützer. Die konsequenten Zentrumsleute lehnen die Spaltung grundsätzlich ab; weniger konsequente Vertreter rechnen wohl mit ihrer Möglichkeit, sind aber „schärfste Gegner ihrer Herbeiführung.“ Wenn man die Spaltung als historisch notwendig erkannt hat, muß man sie auch

propagieren, d. h. sie herbeiführen. Auch dieser Akt der Geschichte vollzieht sich nicht von selbst, sondern nur durch das zielbewußte Handeln der Menschen. Und man propagiert die Spaltung schon, wenn man den Kampf gegen die Sozialpatrioten grundsätzlich führt, d. h. wenn man ihre Politik den Massen als einen Bestandteil der bürgerlichen Politik klar macht. Zu dieser Erkenntnis aber kann sich das Zentrum nicht durchringen. Zwar schrieb Henke noch am 4. Dezember in der „Bremer Bürgerzeitung“: „Die Annahme des Hilfsdienstgesetzes durch die Mehrheit der alten sozialdemokratischen Fraktion erfolgte, weil jene Mehrheit nach wie vor im Banne der bürgerlich-imperialistischen Ideologie sich befindet“; aber die Konsequenzen dieser Auffassung vermag er nicht zu ziehen. Das Zentrum kann sich ideologisch und praktisch nicht von den heutigen Organisationsformen trennen, darum kann es keinen grundsätzlichen Kampf gegen die Sozialpatrioten führen. Und die bisherige Politik des Zentrums bekundet durchaus die Möglichkeit des Zusammenarbeitens zwischen Zentrum und Sozialpatrioten.

Die Ebert und Müller, die Wellmann und Rhein haben den Gen. Henke in der Redaktion gelassen, um so in den Massen die Ueberzeugung zu verbreiten, daß eine Opposition in der sozialpatriotischen „Bremer Bürgerzeitung“ wohl möglich ist, daß nur die „extreme, parteischädigende Linke“ keinen Raum in ihr hat. Sie kümmern sich nicht darum, daß selbst Henke und Holzmeier die Hände und Füße gebunden sind. Die Massen erfahren es nicht; für sie genügt die Tatsache, daß oppositionelle Redakteure in der Redaktion vertreten sind.

Was hätten angesichts dieser für sie äußerst kompromittierliche Sachlage die Vertreter des Parteizentrums zu tun? Ihre Aufgabe müßte sein, die Massen, die ihnen anhängen, von den Sozialpatrioten weg und den Linksradikalen zuzuführen. Sie müßten den Kampf gegen den Sozialpatriotismus sofort verschärfen aufnehmen. Ist ihnen hierfür die Zeitung, an der sie arbeiten, gesperrt, so stehen ihnen für einen grundsätzlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus die Spalten der „Arbeiterpolitik“ zur Verfügung. Sie haben die Möglichkeit, in anderen Parteiblättern, dem „Braunschweiger Volksfreund“, der „Leipziger Volkszeitung“, dem Düsseldorf, Solinger, Essener Parteiblatt, dem Duisburger „Kampf“, dem Stuttgarter „Sozialdemokrat“ ihren Standpunkt darzulegen und so die Ebert und Müller zu zwingen, auch gegen sie vorzugehen. Sie können einen Artikel um den anderen gegen die Sozialpatrioten schreiben, sie vom Chefredakteur Donath ablehnen lassen, um sie der Masse der Arbeiter in Versammlungen bekannt zu geben und auf diesem Wege für die Veröffentlichung ihres Standpunktes zu sorgen.

Jede Veröffentlichung politischer Artikel ohne parteipolemische Tendenz aber bringt nur den Sozialpatrioten Gewinn, indem sie die Massen über den wahren Sachverhalt im Unklaren lassen. Die Vertreter des Zentrums setzen sich so gar dem Verdacht aus, den Sozialpatrioten Helferdienste zu leisten, so fern ihnen eine solche Absicht auch ganz sicher liegt. Aber es kommt in der Politik nicht auf die guten Absichten, sondern auf die Handlungen und ihre Wirkungen an. Das ist der Fluch der halben und inkonsequenten Haltung des Zentrums: Im Banne der heutigen Organisationsformen ist das Parteizentrum gegen jede

Maßnahme, die zum organisatorischen Bruch mit den Sozialpatrioten führen muß, vermeidet es den grundsätzlichen Kampf gegen sie, bekämpft es lieber die Linksradiakalen, ist es Gegner der Massenaktionen, in denen die heutigen Organisationsformen ohne alle Frage zerbrechen müssen.

Darum ist das Parteizentrum auch Gegner der Beitragsperre, und wenn es ihre Durchführung von gewissen Voraussetzungen abhängig machen will, so ist das nur ein Vorwand, der die Massen täuscht; denn dieselben Folgen, die jetzt das Zentrum von der Durchführung der Beitragsperre abschrecken, treten immer ein, ganz gleich, welche Vorbedingungen erfüllt sind. Das Parteizentrum wird seine Argumente gegen die Beitragsperre immer wieder vortragen müssen, was praktisch auf die Ablehnung der Beitragsperre hinausläuft. Das Bekenntnis gegen die Spaltung und für die „prinzipielle“ Zustimmung zur Beitragsperre schließen einander aus, sobald diese Zustimmung in die Tat umgesetzt werden soll.

Gewerkschaftsprobleme.

Vorbemerkung: Wir beginnen hiermit die Veröffentlichung von Artikeln über die Gewerkschaftsbewegung. Sie sind gedacht als Ergänzung der Artikel, die wir im Sommer dieses Jahres über denselben Gegenstand brachten. Im Anschluß an diesen Doppelartikel soll ein anderer aus der Feder eines in der gewerkschaftlichen Praxis stehenden Genossen folgen. Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

Liefer als die theoretischen Fragen der Parteipolitik haben vor dem Kriege die innergewerkschaftlichen Probleme die organisierten Massen erschüttert. Die Richtungskämpfe in der Sozialdemokratie wurden hauptsächlich von den Führern ausgefochten, während die gewerkschaftlichen Streitfragen immer deutlicher zu einem Kampfe zwischen Massen und Führern wurden. Seinen Hauptgrund hat dies darin, daß die Gewerkschaftspolitik augenfälliger auf die Lage der Arbeiter einwirkte und in ihren Ergebnissen je länger je weniger befriedigte, andererseits darin, daß der Bureaokratismus in den Gewerkschaften sich schärfer durchsetzen konnte, mit anderen Machtmitteln ausgerüstet war und drückender empfunden wurde.

Diese inneren Kämpfe führten mehrfach bis an die Grenze der Desorganisation, welche nur durch die äußerste Anwendung der Machtmittel und die fesselnde Gewalt des Bestehenden, der Tradition, verhindert werden konnte. Während des Krieges ist die Gewerkschaftsfrage in den Hintergrund getreten; in der Zeit, in der der Parteistreit an der Riesenflamme des Weltkrieges lichterloh empor schlägt, glimmt der alte Streit in den Gewerkschaften unter der Asche. Der Burgfrieden hat ihn erstickt, wie er das gewerkschaftliche Leben überhaupt paralyisierte. Indessen, ernster als je ist heute das gewerkschaftliche Problem, und seine Einwirkungen auf die Arbeiterbewegung im allgemeinen werden künftig von ungeheurer Bedeutung sein. Es genügt für diese Behauptung schon der Hinweis darauf, daß die Politik vom 4. August hauptsächlich das Werk der Gewerkschaftsführer ist und daß eben diese Gewerkschaftsführer dabei sind, die während des Krieges gewonnene Position mit großem Geschick und unter Mißbrauch der allgemeinen Mittel auszubauen. Sie wollen über den jetzigen toten Punkt hinaus die Gewerkschaftsbewegung entscheidend und endgültig in die

von ihnen längst angestrebte Richtung bringen. Und sie handeln dabei unter einem historischen Zwange. Eine Betrachtung der treibenden Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung wird dies zeigen.

Die Zeit des Wachstums.

Ihren großen Aufschwung erfuhr die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den neunziger Jahren. Nachdem die Fesseln der Organisation gefallen waren, entwickelte sie sich sprunghaft und besonders in den Industrien, in denen der mittlere und Kleinbetrieb vorherrscht: Holzindustrie, Baugewerbe, Zigarrenmachergewerbe, Bekleidungsindustrie, in einzelnen Gebieten der Textilindustrie. Von der Metallindustrie kamen nur einige Branchen hoch. Schon in dieser Zeit wird versucht, die deutschen Gewerkschaften nach dem Muster der englischen zu gestalten. In dieser Richtung wirkte besonders der verstorbene v. Elm, einer der tüchtigsten organisatorischen Fachleute der deutschen Arbeiterbewegung und wahrscheinlich der beste Kopf unter den deutschen Gewerkschaftsführern, der seine Erfahrungen an der englischen Quelle selbst gesammelt hatte. All diese Versuche scheiterten, weil die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung nicht auf die brüderlichen Unterstützungsverbände wie die englischen Friendly Societies zurückgingen, sondern auf die politische Bewegung, vorzüglich aber an der Kampflust der deutschen Arbeiter, die gerade in dieser Periode in stürmischen Anlauf Erfolge über Erfolge erntete und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter zu steigern vermochte.

Es war die Vorbereitungszeit des deutschen Imperialismus mit ungewöhnlichen Gewinnchancen für das Unternehmertum, das damals noch nicht organisiert war, um den Arbeitern mit starken Kräften entgegentreten zu können. Die Organisationszahlen wuchsen mächtig an, damit auch die Geldmacht und die Möglichkeit der Arbeitsteilung und inneren Organisation der Verbände, welche die Werbekraft ungemein fördert. Das Wachstum der Verbände läßt darum auch im neuen Jahrhundert nicht nach, er setzt sich vielmehr beschleunigt durch und Gebiete können beachtet werden, auf die bis dahin verzichtet werden mußte.

Aber es zeigt sich, daß trotzdem und trotz der frapperenden Zahlen, die darüber aufgestellt werden konnten, die Erfolge nicht befriedigten. In der Zeit gewaltigster wirtschaftlicher Entfaltung ist es den Gewerkschaften kaum möglich, die durch die stets wachsende Verteuerung der Lebenshaltung hervorgerufenen Verluste wettzumachen. Zwar nehmen die Kämpfe, die besser vorbereitet sind als früher, an Umfang, Hartnäckigkeit und Dauer zu, aber gerade die größten Kämpfe enden ohne befriedigenden Erfolg. Die damit wachsende Unzufriedenheit verschärft die inneren Konflikte in der Gewerkschaftsbewegung.

Die Tragödie der Demokratie.

Unterstützungs- oder Kampforganisation ist die eine Frage, um die gestritten wird. Zweifellos waren die Bedenken gegen die Unterstützungseinrichtungen begründet. Sie sind geeignet, den Kampfeswillen zu ersticken, wenn das gemächliche Bewußtsein der Sicherheit in allen Notfällen sich einstellt. Aber nur die extremen Reformer haben das als ihr Ziel aufgestellt und nur im graphischen Gewerbe dürfte es erreicht worden sein. Dagegen handelte es sich bei den Unterstützungseinrichtungen wesentlich

darum, die Gefahr abzuwenden, daß die Arbeiter durch die blanke Not gezwungen werden, sich gegenseitig wild zu unterbieten und damit die gewerkschaftlichen Erfolge zu vernichten. Weiter aber waren die Unterstützungen ein wirksames Propagandamittel, um die Massen in die Gewerkschaften hineinzuführen und sie fest mit ihnen zu verketten. Im Kampfe gegen das Riesenkapital kommt es in erster Linie auf die kämpfenden Massen an. Die Idee von der kleinen aber entschlossenen Kämpferschar versagt hier vollkommen. Die Unterstützungseinrichtungen sind in der Tat ein wichtiges Instrument in der Entwicklung für die großen Kämpfe geworden, das nicht unterschätzt werden darf. Freilich soll nicht verkannt werden, daß die Neigung wuchs, diese Versicherungskassen aus einem Mittel in den Zweck zu verwandeln. Gelingen ist das, wie gesagt, bisher nur in Ausnahmefällen.

Aber das Unterstützungswesen hat ganz besonders zur Bureaokratisierung der Gewerkschaften beigetragen. Das ausgebildete Kassenwesen heißte immer neue festbesoldete Beamte. Die Moral der Gewerkschaftsarbeit ist dadurch gewiß nicht gefördert worden. Demagogie und Stellenjägerie war die Folge auf der einen Seite, während auf der anderen Seite die Praxis blühte, unangenehmen Opponenten mit einer immerhin dürftigen Pründe das Maul zu stopfen. Einer starken Bewegung kann das freilich nicht viel anhaben, wenn sie durch eine entschlossene Demokratie geleitet wird. Aber gerade diese Demokratie wurde durch die Bureaokratie zerstört. Ein kleines Geschlecht bekam den Machtapparat der Organisation immer fester in die Hand, eine Beamtenkaste, mit allen Lastern der Bureaokraten behaftet.

Im engen Kreis der schablonenmäßigen Tagesarbeit verengerte sich der Sinn, der bei der ziemlich gesicherten Stellung starr auf das Festhalten des Erreichten gerichtet war. Der proletarische Wagemut ersticke unter dem Bewußtsein, mehr verlieren zu können als die Ketten. Dazu kam der Hochmut des kleinen Führers, der alle Erfolge seinem bescheidenen Genius zuschreibt, gepaart mit der olympischen „Ueberlegenheit“ über den Mitgliederpöbel, die sich auf nichts mehr stützt, als die Detailkenntnisse des Routiniers. Als der Konflikt zwischen Mitgliedschaft und Bureaokratie ernster wurde, trat die erst instinktmäßig geübte Standesolidarität immer bewußter hervor. Als geschlossener Block auf den Verbandstagen und gar in den einflussreichen Vorstandskonferenzen und Kongressen auftretend, gelang es den Verbandsangestellten, die Demokratie auszuhöhlen und zu zermürben. An Stelle der Demokratie trat die Hierarchie.

Es ist die Tragödie der Demokratie. Tragödie deshalb, weil sie das Opfer wurde gerade ihrer machtvollen Entwicklung. Objektive Tatsachen nämlich kamen der Bureaokratie zu Hilfe. Nur auf einer mächtig entfalten Organisation konnte sich die bureaukratische Herrschaft aufbauen. Und weiter: Mit der Entwicklung der Unternehmerverbände drohte jeder Kampf über sein eigentliches Gebiet hinauszuwachsen und Arbeitergruppen in Mitleidenschaft zu ziehen, die nach der alten Uebung der unentwickelten Demokratie keinen Einfluß auf seinen Ausbruch hatten. Außerdem wurde bei der Hartnäckigkeit der Kämpfe das Verbandsvermögen über die Maßen in Anspruch genommen. Sollte die kampswillige Gruppe

weiter das Entscheidungsrecht haben, so schlug die Demokratie in ihr Gegenteil um. Der Ausweg war genial. Die letzte Entscheidung in den Kämpfen wurde den Hütern des Schatzes, den Vorständen, überwiesen. So sah die Rettung der Demokratie in allen großen Verbänden aus. Sie wurde in Fesseln geschlagen, an denen sie sich die Glieder wund rieb. Die Bureaokratie aber baute ihre Schanze zielbewußt immer weiter aus. So wurde die Beamtenschaft abhängig gemacht von der Verbandsleitung statt der Mitgliederenschaft und was der gleichen Ausgebirten der Arbeiterdemokratie mehr waren.

An Reformversuchen hat es nicht gefehlt. Sie scheiterten einerseits an der Uebermacht der Verbandsleitungen, andererseits daran, daß diese Versuche nicht aus dem Bewußtsein von der Notwendigkeit einer neuen Taktik herausgeboren wurden. Eine Reform von oben wurde etwa ein Jahr vor Kriegsausbruch von A. v. Elm vorgeschlagen, der sie, eingewickelt in eine Philippika gegen die wandelbare Masse, vor Hamburger Gewerkschaftsführern zuerst vortrug. Es sollte in den großen Verbänden ein ständig tagendes Parlament geschaffen werden; ein außerordentlich bestechender Gedanke, bei dem nur immer die erwähnte Umhüllung störte. Bei der ersten Probe stellte sich heraus, daß es auf ein Parlament abgesehen war, in dem jederzeit eine von der Regierung wirtschaftlich abhängige Mehrheit mit gleicher Richtung der Interessen abgesehen war. Die Beamten sollten von vornherein eine Stimme Mehrheit erhalten. Die Massen waren damals für solche Zumutungen noch nicht reif. Es heißt aber, daß sich die kommende Neuorientierung die von Elm'sche Demagogie zum Muster nehmen will.

Aus unserm politischen Tagebuch.

18. Dezember.
Unsere Tagebuchnotiz vom 29. November über die Stellung der „Gleichheit“ zu der Tätigkeit des Reichstages hat einige unserer Freunde, die der Gruppe „Internationale“ nahe stehen, mit Unmut gegen uns erfüllt. Wir behaupten: mit Unrecht! Es kann nicht unsere Absicht sein, und es ist nie unsere Absicht gewesen, die entschiedene Linke zu zerplittern. Im Gegenteil, die „Arbeiterpolitik“ ist aufs äußerste bestrebt gewesen, den Zusammenschluß der Linken vorzubereiten. Sie ist weder das Organ der Gruppe „Internationale“, noch der Gruppe „I. S. D.“ Sie will gerade die Gruppenpolitik beseitigen helfen. Das schließt aber nicht aus, daß sie überall dort, wo sie glaubt auf Halbheiten selbst innerhalb der unterschiedenen Linken zu stoßen, ihren Standpunkt zu kennzeichnet. So haben wir es für unsere Pflicht gehalten, die Gruppe „Internationale“ (Spartacus) jedesmal darauf aufmerksam zu machen, wenn sie entweder einen konsequenten Standpunkt noch nicht erreicht oder ihn verlassen hatte. Nur im Hinblick auf eine konsequente linksradikale Politik üben wir Kritik an der Gruppe „Internationale“; in keinem Falle leiten uns irgendwelche Konkurrenzabsichten. Leider hat die Gruppe „Internationale“, soweit ihre Berliner Führung in betracht kommt, uns nicht so tatkräftig unterstützt, wie es im Interesse der neuen Bewegung nötig gewesen wäre. Wir haben aber genügend Beweise, daß die Anhänger der Gruppe „Internationale“ im Lande vorurteilslos genug sind, um in der „Arbeiterpolitik“ die theoretische Führerin im Kampfe um die neue Bewegung anzuerkennen. Wir hoffen, daß das so bleiben wird.

Der Sozialdemokratische Verein Braunschweig hat die Beitragsperre beschlossen. Er hat an die Kreisleitung das Eruchen gerichtet, eine Kreiskonferenz mit der Stellungnahme zur Frage der Beitragsperre zu beauftragen. Man sieht, das Beispiel Bremens wirkt nicht so entmutigend, wie die Vertreter des Zentrums annahmen. Hoffen wir, daß sich noch recht viele Organisationen zur Beitragsperre entschließen. Notwendig aber ist der sofortige enge Zusammenschluß derjenigen, die diesen ersten energischen Schritt zur Reinigung der Partei von den sozialpatriotischen Elementen getan haben.

Feuilleton

Die Blutrache zu Weinsberg.

Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann.

Zu Weinsberg auf dem alten Welfenschloß saß der Obervoigt Ludwig Helsenich von Helsenstein, ein junger glänzender Ritter von 27 Jahren, verehelicht mit einer natürlichen Tochter des Kaisers Maximilian der Erste. Auch ihn, wie so viele adeliche Herren, forderte der sogenante „helle Haufen“ auf, in die christliche Brüderschaft der Bauern einzutreten. Während der Graf mit den Bauern unterhandelte, um Zeit zu gewinnen, bis Hilfe käme, unterließ er es dennoch nicht, ihnen Abbruch zu tun, so viel ihm immer möglich war. Er tat sich aus Weinsberg, fiel hinten in den Haufen, in den Nachtrab, erstach und beschädigte ihnen viele, wodurch der Haufe der versammelten Bauernschaft bewagt und erzürnt wurde. Er so wenig wie die anderen Heerführer achteten das Kriegsrecht gegen sie, es schien nötig, die Herren dazu zu zwingen. Abends am Karfreitag 1525 schickten die Bauern in zorniger Bewegung ein Schreiben nach Weinsberg herein. Trohig und verächtlich erwiderte es der Graf. Zugleich aber kam auch eine Botschaft einiger Bürger heraus, die es mit den Bauern hielten und ihnen die Tore öffnen wollten. Am 16. April, dem Osterfeste, zog der Haufen heran.

Schon vor Tagesanbruch waren auf diese Nachricht Ritter und Reifige gerüstet, ihre Pferde in den Stallungen gezäumt und gesattelt, und zur Verstärkung der geringen Besatzung auf dem Schloß wurden sogleich noch fünf Reifige auch dahin abgeschickt. Mehr konnte man nicht ins Schloß legen, obgleich Helsensteins Frau und Kinder und Kostbarkeiten darin waren. Der Graf verachtete auch die Bauern zu sehr, als das er es für möglich gehalten hätte, daß sie ein so festes Schloß erstürmten. Es galt ihm vorzüglich, die Stadt gegen den ersten Angriff zu verteidigen, und er traf die nötigen Anordnungen zur Verteidigung der Tore und der Wehren. Er versammelte seine Ritter und Reifige und die Bürgerschaft auf dem Markt, ermunterte sie, herzhast zu sein und ihr Bestes zu tun. Sie zeigten allen guten Willen, und der Graf gab ihnen auch von seiner Seite die Zusicherung, da er sein Weib und sein Kind auf dem Schloß verlassen habe, wolle auch er bei ihnen in der Stadt ausharren und alles für sie tun; es werde ihnen auch unfehlbar heute noch ein reifiger Zug zu Hilfe kommen.

Die Tore, Mauern und Wehren waren nach Anordnung des Grafen bereits alle besetzt, noch zeigten sich keine Bauern. Die Zeit des Morgengottesdienstes, den der Pfarrer abzukürzen erlucht ward, rückte heran. Mehrere Bürger und Reifige begaben sich in die Kirche, um das Sakrament zu empfangen. Auch der Graf und Dietrich von Weiler waren zur Anhörung einer Messe darin.

Noch ehe der Gottesdienst zu Ende ging, um 9 Uhr morgens, wurde dem Grafen in die Kirche gemeldet, die Bauern seien da, man sehe einzelne Bauerngruppen auf dem Schemelberg, denen größere Partien nachzögen. Der Turmwächter wollte sogleich Sturm schlagen; der Graf, um die Einwohner nicht noch mehr zu ängstigen, verbot ihm, Lärm zu machen. Den Reifigen und Bürgern, die auf der Mauer zur Wehr gerüstet waren, sprach er zu, mutig und unerjrocken zu sein. Dietrich von Weiler und der Schultheiß Schnabel sorgten dafür, das Weib und Mägde ganze Haufen Steine, die von den Reifigen aus dem Pflaster ausgebrochen wurden, auf die Mauer trugen.

Der Schemelberg, eine einem Schemel ähnliche Höhe, liegt dem Burgberg gerade gegenüber. Von Binswangen her mußten die Bauern über denselben gehen; sie stellten sich auf ihm in Schlachordnung und schickten zwei Herolde, an einem Hute kenntlich, den sie auf einer hohen Stange trugen, zur Stadt hinab. Sie erschienen vor dem Untertor und forderten die Stadt zur Uebergabe auf: „Eröffnet Schloß und Stadt dem hellen, christlichen Haufen“, riefen sie an die Mauer hinauf, „wo nicht, so bitten wir um Gotteswillen, tut Weib und Kind hinaus, denn beide, Schloß und Stadt werden den freien Knechten zum Stürmen gegeben, und es wird dann niemand geschont werden.“ Die innerhalb des Tores aufgestellten Bürger und Reifige mußten nicht, was sie den Abgeordneten der Bauern antworten sollten. Sie schickten nach dem Grafen und er eilte sogleich selbst dem Untertore zu. Aber ehe er kam, war Dietrich von Weiler ans Tor gekommen. (Fortsetzung folgt.)

Szene aus „Egmont“.

Von W. v. Goethe.

Letter: He! pfi! he! Nachbar, ein Wort!
Zimmermann: Geh deines Pfads und sei ruhig.
Letter: Nur ein Wort! Nichts Neues?
Zimmermann: Nichts, als daß uns vom Neuen zu reden verboten ist.

Letter: Wie?
Zimmermann: Tretet hier ans Haus an. Hütet Euch! Der Herzog von Alba hat gleich bei seiner Ankunft einen Befehl ausgehen lassen, dadurch zwei oder drei, die auf der Straße zusammensprechen, des Hochverrats ohne Untersuchung schuldig erklärt sind.

Letter: O, weh!
Zimmermann: Bei ewiger Gefangenschaft ist verboten, von Staatsfachen zu reden.

Letter: O, unsere Freiheit!
Zimmermann: Und bei Todesstrafe soll niemand die Handlungen der Regierungen mißbilligen.

Letter: O unsere Köpfe.
Zimmermann: Und mit großem Versprechen werden Väter, Mutter, Kinder, Verwandte, Freunde und Dienstboten eingeladen, was in dem Innersten des Hauses vorgeht, bei dem besonders niedergelegten Gerichte zu offenbaren.

Letter: Gehn wir nach Hause.
Zimmermann: Und den Folgsamen ist versprochen, daß sie weder am Leibe, noch Ehre, noch Vermögen einige Kränkung erdulden sollen.

Letter: Wie gnädig! War mir's doch gleich weh, wie der Herzog in die Stadt kam. Seit der Zeit ist mir's, als wäre der Himmel mit einem schwarzen Flor überzogen und hing so tief herunter, daß man sich bücken müsse, um nicht daran zu stoßen.

Zeugen und Kuser.

Eine Partei, die ihre wichtigste Position nicht mit ihren Laten zu bedecken weiß, um sie zu verteidigen, eine solche Partei hat keine Möglichkeit des Sieges für sich! Einer solchen Partei bleibt nichts übrig, als bei jedem Angriff von neuem davonzulaufen!
Ferd. Lassalle.

Nicht die Gunst, sondern die Ungunst der Verhältnisse ist der Hammer, welche den Mann schmiedet. Ja, die große Meisterin, die Not, ist es, welche den kategorischen Imperativ der Pflicht lehrt und Charaktere bildet. Im Feuer der Widermärtigkeit und auf dem Ambros der Not härtet sich edles Metall, während unedles zerrinnt und zerfällt.
Johannes Scherer.

Die Hauptsache ist, daß in alle unsere Bestrebungen Uebereinstimmung und Einheit kommt. Wenn nur jeder von denen, die die Sache einmal begreifen, seine Schuldigkeit tut, so sind wir in einigen Jahren eine unüberwindliche Macht. Darum mutig und beharrlich vorwärts, damit wir auch noch etwas erleben.
Joh. Ph. Becker 1867 an Sorge.

Die Proletariatsmasse weiß, oder beginnt zu verstehen, daß die Diktatur des Proletariats, die zur Aufgabe haben wird, die Produktionsmittel zu sozialisieren, nicht die Tat einer von einigen Leuten geführten Masse sein kann, sondern daß sie das Werk der Proletarier selbst sein muß und wird, die schon in sich und durch eine lange Praxis eine politische Organisation geworden sind.
Antonio Labriola.

Alles ist eben im Gärungsprozess begriffen und kann es dabei nicht immer ganz säuberlich hergehen. Es ist nur dafür zu sorgen, daß es eine Keim- und keine Faulgärung gibt, daß klarer Wein und kein trüber Essig dabei herauskommt.
Joh. Ph. Becker 1869 an Sorge.

Es gibt nichts der wahren Intelligenz Wahloerwandteres, als der gesunde Verstand der großen Massen — und es gibt nichts Organisationsfähigeres als die großen Massen.
Ferd. Lassalle. (1863.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Büth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

1. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 28

Er erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 30. Dezember 1916

Einzelnummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Auf dem Wege zur Internationale des Truges	Seite 217
Die Beitragsperre und ihre Probleme (Fortsetz.)	218
Gewerkschaftsprobleme (Schluß)	219
Feuilleton:	
Die Blutrache zu Weinsberg. Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann	221
Szene aus der Komödie „Der Revisor“ von N. Gogol.	222
Hausfuchung. Von Gaudy	222

Auf dem Wege

zur Internationale des Truges.

Die Abtransportierung der belgischen Arbeiter nach Deutschland hat in der sozialpatriotischen Entente-Prese einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Herr Vandervelde, der Königlich Belgische Minister, hat sich daran erinnert, daß er noch Vorsitzender der Internationale seligen Andenkens ist und er erließ eine Epistel an sie, in der die Mannen zum Protest gegen Deutschland aufgerufen werden.

Auf seinen Appell antworteten sofort die französischen Sozialpatrioten, von Renaudel bis zu den Zentrums-männern Pressemanne und Louquet. Sie leisteten den Hannibalschwur, daß sie nicht ruhen wollen, bis die belgischen Proletarier befreit sein werden. Diese Proteste der belgisch-französischen Sozialpatrioten sind eine Heuchelei sondergleichen. Nicht nur, weil, wie eine Zuschrift des Züricher „Volksrechts“ feststellt, die lieben englischen Befreier, die die nach England geflüchteten Belgier wie Sklaven behandeln, und sie zum Militärdienst oder zur Fabrikarbeit zwingen, sondern auch, weil die französischen Sozialpatrioten wie die englischen es ohne Protest dulden, daß englische und französische Proletarier wie Heloten behandelt werden. Man lese nur, was der „Labour Leader“ und die „Union de Metteur“ über die Fabrikverhältnisse in den Ententeländern schreiben — gar nicht von der vollkommenen Versklavung der russischen Proletarier zu sprechen — und man wird sagen müssen: solange dies die Entente-„Sozialisten“ dulden, solange ist ihr Protest gegen die Zwangsabtransportierung der belgischen Proletarier nach Deutschland Heuchelei und Kriegshehe.

Wer aber annahm, daß dies der Gipfel der Heuchelei ist, der wußte noch nicht, daß im deutschen Reichstag Herr Bauer aus der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften es wagen würde, sich dem Protest des Gen. Dittmann (von der Arbeitsgemeinschaft) gegen die Behandlung der belgischen Arbeiter anzuschließen.

Dittmann berief sich darauf, daß diese Behandlung dem Völkerrecht widerspreche. Das ist eine lächerliche Begründung, weil von dem Völkerrecht seit dem Kriegsbeginn überhaupt kein Segen geblieben ist, weil sich aufs Völkerrecht zu berufen nichts anderes bedeutet, als den Mächten daraus einen Vorwurf machen, daß sie eine Lüge fallen gelassen haben. Wenn wir gegen die Behandlung der Arbeiter in allen kriegsführenden Ländern oder in einem von ihnen Protest erheben, so tun wir es, weil wir Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse sind, und nicht, weil das mit Füßen getretene „Völkerrecht“ die Mißhandlung der Arbeiter bis zu einem gewissen Grade erlaubt.

Aber wie es auch um die Dittmannsche Begründung bestellt sein mag, er hatte das Recht zu protestieren, weil er auch gegen das vaterländische Hilfsgesetz protestierte. Aber gleichzeitig zu helfen, den deutschen Arbeitern das Freizügigkeits- und Streikrecht zu nehmen, gleichzeitig der deutschen Regierung das Recht zu geben, die deutschen Arbeiter dort zu verwenden, wo es die Interessen der Kriegführung erfordern, und gegen die gleiche Behandlung der belgischen Arbeiter zu protestieren, zu dieser Komödie gehört eine wahrhaft eiserne Stirn.

Es wäre aber ein Fehler, in dieser Komödie nur Heuchelei zu sehen. In der Sitzung der Seine-Föderation hat Herr Sembat, der verfloßene französische sozialpatriotische Minister, erklärt, die französischen Sozialpatrioten seien keinesfalls prinzipiell gegen die Verhandlungen mit den deutschen, aber solche Verhandlungen seien solange unmöglich, als die deutschen Sozialpatrioten nicht einmal gegen die Behandlung der belgischen Arbeiter protestieren. Aus der Umgebung Huysmans wurde dann dem Hauptdiplomaten des Zentralmächte-„Sozialismus“, Viktor Adler, angedeutet (durch Otto Pöhl?), daß eine Aktion in der belgischen Arbeiterfrage von Nutzen für die Ausöhnung der sozialpatriotischen feindlichen Brüder wäre.

Viktor Adler, der ein sehr feines Gehör hat, verstand den Wink und drückte auf Ebert. Flugs war dieser mit Scheidemann im Haag, wo sie Huysmans die Intervention für die belgischen Arbeiter zusagten und einer „Note“ der Exekutive des I. S. B. zustimmten. Daß es dabei den Herrschaften nicht im geringsten um die Arbeiter, sondern um die Belgier geht, d. h. um die Brücke zu den französischen Sozialpatrioten, das beweist am besten die Tatsache, daß sie mit keinem Worte dagegen protestieren, daß die polnischen Arbeiter weiterhin in dem alten Verhältnis belassen werden. Eine